Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 37 (1957-1958)

Heft: 8

Artikel: Der Kampf geht weiter : der Kommunismus hat Ungarn überlebt-wird er Polen überstehen?

Autor: Buber-Neumann, Margarete

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-160718

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 06.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER KAMPF GEHT WEITER

Der Kommunismus hat Ungarn überlebt — Wird er Polen überstehen?

VON MARGARETE BUBER-NEUMANN

Ein Jahr ist vergangen, seit die Sowjets die Ungarische Revolution zerschlugen. Ein Jahr ist ein ausreichender Zeitraum, um sich Abstand zu verschaffen, um Perspektiven zu gewinnen und Prophezeiungen nach ihrem wahren Wert zu beurteilen. Hat das Verbrechen der Sowjets an Ungarn den Weltkommunismus wirklich in die verheerende Krise gestürzt, die ihm vorausgesagt worden war? Wenn diese Frage verneint werden muß, so kann das am ehesten durch eine Untersuchung der inneren und äußeren Struktur der kommunistischen Parteien begründet werden. Der «polnische Oktober» hat einen weiteren Vorwand für die Prophezeiung einer kommunistischen Krise geliefert. Auch die Situation Polens ist im Laufe dieses Jahres so überschaubar geworden, daß sich jetzt die Prophezeiung durch eine nüchterne Bewertung der Lage ersetzen läßt. Wo stehen wir also ein Jahr nach Ungarn, ein Jahr nach dem «polnischen Oktober»? Welche Erwartungen haben sich erfüllt, welche Hoffnungen sind enttäuscht worden?

Keine politische Partei hat im Laufe der Geschichte einen so absoluten Anspruch auf Unfehlbarkeit erhoben wie die kommunistische, und keine Partei ist jemals von ihren Mitgliedern so rückhaltlos als Trägerin der alleinseligmachenden Idee, als ausschließliche Richterin über Sein oder Nichtsein anerkannt worden. Keine andere Partei hat aber auch jemals ihren Anhängern ein solches Maß an Selbsterniedrigung, Selbstverleugnung und Rückgratlosigkeit abgefordert. Die psychologische Entwicklungsgeschichte eines Kommunisten besteht aus einer fast ununterbrochenen Folge ideologischer und praktisch-politischer Kehrtwendungen. Von allem Anfang an muß der Kommunist, der sich in der Partei halten will, lernen, sich selber Lügen zu strafen. Aber das genügt der Partei noch nicht. Er muß vor allem jede Scham verlieren, muß seine Bocksprünge mit einer Beredsamkeit vollführen, die auch den ungeheuerlichsten Widerspruch glaubhaft zu machen sucht. Über die grotesken Windungen der «Parteilinie» von neuem zu schreiben, erübrigt sich wohl. Es ist oft getan worden. Ich möchte nur einige Höhepunkte, einige entscheidende Klippen herausgreifen: den Stalin-Hitler-Pakt von 1939, dann den Überfall auf Ostpolen und den Überfall auf Finnland. In jüngster Zeit war es natürlich die brutale Intervention der Sowjets in Ungarn, die den Kommunismus überall in der Welt auf die schwerste Probe stellte.

Diese so offensichtlichen Verletzungen der ideologischen und politischen Konsequenz oder des Völkerrechtes haben ebenso wie das Bekanntwerden der Greuel der Stalinschen Großen Säuberung oder des Wütens der NKWD im Spanischen Bürgerkrieg zu zahlreichen Austritten aus den kommunistischen Parteien, Meinungsverschiedenheiten und daraus sich ergebenden Parteiausschlüssen geführt. Nicht nur einfache Parteimitglieder, sondern auch viele hohe Funktionäre haben ihre Schlußfolgerungen gezogen und unter mehr oder weniger hörbaren Protesten die Reihen der Partei verlassen. Dennoch müssen wir feststellen, daß diese Partei überlebt hat und aller Voraussicht nach überleben wird, solange nicht das Übel an der Wurzel, nämlich in der Sowjetunion selbst, angepackt und ausgerottet wird.

Der Nichtkommunist wird sagen — und er hat es nach jeder der erwähnten Klippen gesagt —: «Wie ist es möglich, daß man nach diesen Erfahrungen überhaupt noch Kommunist bleiben kann? Ist das Maß nicht endlich voll?» Das Maß? Welches Maß? Da nämlich liegt der Hund begraben. Das Maß des Nichtkommunisten wäre sicher längst voll gewesen. Nur müssen wir uns vor Augen halten, daß das Maß des Kommunisten eben ein anderes ist.

Um dieses «Maß» des Kommunisten begreifen zu lernen, muß man die Rolle der Partei untersuchen, nicht nur die Rolle, die sie im Leben des einzelnen Kommunisten spielt, sondern auch die Rolle, die sie sich im Rahmen der sozialistischen Bewegung überhaupt anmaßt. Mit der richtigen Einschätzung dieser Rolle der Partei steht und fällt die richtige Einschätzung des kommunistischen Phänomens.

Die KPdSU, die Partei der russischen Bolschewiki, hat von jeher nach alleiniger Macht gestrebt. Wenn sie sich heute im kommunistischen Machtbereich noch Partei nennt, so widerspricht das ihrem wahren Charakter, denn der im Wort Partei enthaltene Begriff vom Teil eines Ganzen und der freien Entscheidung für einen solchen Teil ist längst hinfällig geworden. Die Bolschewiki sahen in ihrer Partei nicht eine von mehreren möglichen Führungsgruppen im Kampfe um den Sieg des Sozialismus, sondern die einzig mögliche. Der französische Soziologe Jules Monnerot schreibt: «Die reale historische Entwicklung Rußlands sollte nach der gewaltsam ergriffenen Macht tatsächlich nicht die Entwicklung einer wirklich sowjetischen Gesellschaft, also eine dezentralisierte Gesellschaft, eine Art Republik der Produzenten darstellen, sie sollte im Gegenteil die Entwicklung eines ‚Partei-Staates' sein, d. h. kein Staat der ‚Diktatur des Proletariats', sondern der Partei (und, wie jemand sagte, bedeutet das Proletariat mit der Partei verwechseln so viel, wie das Pferd mit dem Reiter vertauschen).» (Jules Monnerot, «Soziologie des Kommunismus», Kiepenheuer & Witsch, Köln 1952, S. 67.) Ein paar Sätze weiter deutet Monnerot Programm und Praxis Lenins folgendermaßen: «Jeder Versuch der Gruppierung und der Zu-

sammenschließung, der von der Gesellschaft selbst käme, und der eine Manifestation des staatsunabhängigen gesellschaftlichen Lebens wäre, wird unmöglich gemacht durch das faktisch angewendete reale System.» Das zeigt sich besonders kraß in den Auseinandersetzungen mit der sogenannten «Arbeiteropposition» und den «Dezisten» (Demokratischen Zentralisten) um das Problem der Gewerkschaften im Jahre 1920. In diesem Zusammenhang stellt Lenin fest: «Die unrichtige Auffassung der Rolle der kommunistischen Partei in ihrem Verhältnis zum parteilosen Proletariat und dann im Verhältnis des ersten und des zweiten Faktors zur gesamten Masse der Werktätigen ist eine grundsätzliche theoretische Abkehr vom Kommunismus und eine Abweichung in Richtung zum Syndikalismus und Anarchismus...» (W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XXVI, Moskau 1940, S. 325.) Die «richtige Auffassung» ist natürlich die Anerkennung der absoluten Führerrolle der Partei. Stalin drückt dies in den «Grundlagen des Leninismus» wie folgt aus: «Die Partei ist die politische Führerin der Arbeitermassen. ... Im Kriege kann sich keine Armee ohne einen erfahrenen Stab halten, wenn sie nicht einer Niederlage entgegengehen will. Ist es nicht ganz klar, daß sich das Proletariat um so weniger ohne einen solchen Stab behaupten kann, wenn es sich nicht seinen Todfeinden ausliefern will? Und wer ist dieser Stab? Dieser Stab kann nur die revolutionäre Partei des Proletariats sein. Die Arbeiterklasse ohne eine revolutionäre Partei — das ist eine Armee ohne Stab. Die Partei ist der Generalstab des Proletariats» (zitiert nach «Kaderpartiet — Kommunistisk strategi och taktikk», Fram-Forlag, Oslo 1954, S. 26). Es ist daher nur folgerichtig, daß sich die ideologische Auseinandersetzung zwischen den jugoslawischen Kommunisten und der Führung der sowjetrussischen KP anläßlich der Ungarischen Revolution vor allem um das Problem der Rolle der Partei drehte. A. Rumjanzew setzt sich im theoretischen Organ der KPdSU, «Kommunist», Nr. 18, 1956, mit der Rede des jugoslawischen Vizepräsidenten Edvard Kardelj in der Nationalversammlung am 7. Dezember 1956 auseinander und schreibt: «Alle historischen Erfahrungen beweisen, daß die marxistische Partei für die Arbeiterklasse und alle Werktätigen lebensnotwendig ist. Alle Versuche, die Arbeiterklasse ihrer Partei zu berauben — gerade dies bedeutet auch die *Leugnung* ihrer *führenden* Rolle — und sie gegen die parteilosen Massen auszuspielen, haben nichts gemein mit den Interessen der Werktätigen, nichts gemein mit dem theoretischen Ausdruck, dem Marxismus-Leninismus...»

Es ist selbstverständlich, daß eine Partei mit einem solchen Totalitätsanspruch auch von ihren Mitgliedern absolute Loyalität verlangt. Die sogenannte «innerparteiliche Demokratie» in den kommunistischen Parteien ist von Anfang an ein sehr schwächliches Pflänzchen gewesen, das sehr bald von den Stiefeln der Diktatoren zertreten wurde. Der X. Parteitag der KPdSU, der am 8. März 1921 von Lenin u. a. mit den

Worten eröffnet wurde, die «Diskussion (es handelt sich um die vorausgegangene Diskussion über die Gewerkschaften, Anm. d. Verf.) sei ein unerlaubter Luxus gewesen», wandte sich unter dem Schlagwort von der «Einheit der Partei» scharf gegen jede «Gruppierung und Fraktionsmacherei», d. h. jede Äußerung einer abweichenden Meinung innerhalb der Partei und faßte eine Resolution, in der es heißt: «Es ist notwendig, daß alle klassenbewußten Arbeiter sich des Schadens und der *Unzulässigkeit* jeder wie immer gearteten Fraktionsmacherei klar bewußt werden ...» («Geschichte der KPdSU (b), Kurzer Lehrgang», Verlag Neuer Weg, Berlin 1945, S. 308.) Unter Lenins Nachfolger Stalin wurden selbst die Reste der innerparteilichen Demokratie, die es unter Lenin noch gegeben hat, beseitigt. Mit unnachsichtiger Gewalt wurde die «Einheit der Partei» erzwungen, bis auf dem VII. Parteitag im Jahre 1934, am Vorabend der Ermordung Kirows und der darauffolgenden Großen Säuberung, das Mitglied des russischen Politbüros Kaganowitsch triumphierend feststellen konnte, die Partei sei jetzt «monolithisch».

Es versteht sich von selbst, daß eine solche Partei von ihren Anhängern anderes und mehr verlangt als eine Partei im üblichen Sinne. Monnerot nennt sie mit Recht den «Islam des XX. Jahrhunderts», und sie fordert denn auch unbedingte Gläubigkeit und vollkommene Loyalität. Und so erzieht sie ihre Anhänger dazu, alle Probleme nicht nur der Politik, sondern auch des täglichen Lebens unter dem Aspekt zu betrachten: «Was nützt der Partei?» Und die andere Seite dieser totalen Ergebenheit gegenüber der Partei zeigt sich, schon ins Lächerliche übersteigert, im «Lied von der Partei», das vom ostzonalen «Dichter» Louis Fürnberg stammt:

«Sie hat uns alles gegeben,
Sonne und Wind und sie geizte nie.
Wo sie war, war das Leben,
Was wir sind, sind wir durch sie.»

Und im Refrain des gleichen Liedes heißt es: «Die Partei, die Partei, die hat immer recht...» Diese vergöttlichte Partei aber wirkt nach Prinzipien, wie sie im Kapitel IV des «Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU» (s. o., S. 137f.) präzisiert werden. Da heißt es nämlich: «Also muß sich die praktische Tätigkeit der Partei des Proletariats nicht auf die frommen Wünsche ‚hervorragender Persönlichkeiten', nicht auf die Forderungen der ‚Vernunft', der ‚allgemeinen Moral' usw. gründen, sondern auf die Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Gesellschaft, auf die Erforschung dieser Gesetzmäßigkeiten.»

Alles das beweist schon zur Genüge, daß das Maß eines gläubigen Kommunisten ein ganz und gar anderes ist als das unsere. Trotzdem haben vor allem nach den Ereignissen in Ungarn ungewöhnlich viele

Kommunisten ihre Konsequenzen gezogen und mit der Partei gebrochen. Sicherlich spielte dabei auch das Verdammungsurteil eine Rolle, das Chruschtschew anläßlich des XX. Parteitages über den toten Stalin aussprach. Eine so ausschließlich auf Glauben und Selbstverleugnung ihrer Mitglieder aufgebaute Partei bedarf — wie jede Religion — eines Gottes, auf den dieser Glaube sich konzentrieren kann, der diesem Glauben den festen Punkt bietet. Würde dem Islam — um wieder Monnerots Bild zu gebrauchen — Allah entzogen, so geriete er sicher in die Gefahr des Zusammenbruchs. Nach dem Tode des ersten Parteigottes Lenin baute Stalin seine göttliche Stellung ebenso sorgfältig wie maßlos aus. Da die allwissende, allmächtige Partei, «die immer recht hat», ja nicht etwa in konkretem Sinne die Summe ihrer Mitglieder ist, sondern sich in der Organisation, in der Parteibürokratie manifestiert, brachte es Stalin fertig, mit allen Mitteln der Gewaltanwendung und des Terrors, diese Organisation in die Hand zu bekommen und sie ganz allein zu beherrschen. Auf diese Weise zu einer Art Gott geworden, spielt ein solcher Führer in einer militanten Bewegung wie dem Kommunismus keineswegs aber nur die Rolle des zwar grausamen, aber dekorativen Idols. Er stellt auch die letzte Instanz dieser Diktatur, die höchste Autorität, den obersten Richter und damit das eigentliche Rückgrat der Bewegung dar. Sei es aus Angst, sei es aus Gläubigkeit, sei es aus Loyalität gegenüber dem «Führer der Bewegung», wurden Gegensätze nicht nur rücksichtslos unterdrückt, wo die Bewegung die Macht dazu besaß, sie kamen in ihrem Machtbereich meistens nicht zur Auswirkung und führten nicht zu Auseinandersetzungen innerhalb der Partei. Durch die Entstalinisierung wurde dem kommunistischen Glaubensbekenntnis der Gott und Oberpriester in einer Person und damit das Rückgrat genommen. Die Autorität war fort, und es zeigte sich, daß unter der Oberfläche gewaltige Gegensätze geschwelt hatten. Nichtstalinisten erhoben sich gegen die alten Stalinisten, Befürworter einer «Los-von-Moskau-Bewegung» und «eigener Wege zum Sozialismus» traten überall auf. Der sogenannte Nationalkommunismus Titos wurde bei den ehemals moskautreuen Kommunisten salonfähig. Alte Rechnungen wurden beglichen, und in einem Maße, wie man es bisher nicht gekannt hatte, begann in den Reihen der kommunistischen Weltbewegung so etwas wie eine ideologische Auseinandersetzung. In diese Stimmung hinein — und letzten Endes durch sie hervorgerufen — platzten zwei Ereignisse von großer Bedeutung: der polnische Oktober und die Revolution in Ungarn. Beide trafen auf bereits aufgeweichte Fronten innerhalb der kommunistischen Parteien. Daraus erklärt sich wohl auch die ungewöhnlich einschneidende Wirkung, die jene Ereignisse auf die Anhänger der kommunistischen Bewegung — auf Funktionäre, einfache Parteimitglieder und Sympathisanten in gleicher Weise — ausgeübt haben. Während der Umschwung in Polen eine innerparteiliche Diskussion auslöste, zwang das rücksichts-

lose, widerrechtliche Eingreifen der Sowjets in Ungarn breite Schichten der Kommunisten zu moralischer Stellungnahme, ja sogar zu einer endgültigen Entscheidung. Der Kommunist, der es wirklich fertiggebracht hat, Ungarn, wenn auch mit Schwierigkeit, in sein Denk- oder Verhaltensschema einzuordnen und linientreu zu bleiben, der hat, vom kommunistischen Standpunkt aus gesehen, eine der gefährlichsten Attacken überstanden, der dürfte auch in Zukunft gegen moralische Anfechtungen immun sein. Er wird seiner Partei wahrscheinlich im oben geschilderten Sinne treu bleiben. Aber ich möchte jene erwähnen, die dieses Kunststück nicht fertig brachten.

Wie sehr sich das Bild innerhalb der kommunistischen Bewegung nach dem Ausbruch der Ungarischen Revolution und am Vorabend des sowjetischen Eingreifens verändert hatte, möchte ich hier an einigen Beispielen aufzeigen. Der Vorstand des Bezirkes Basel der «Partei der Arbeit» ließ am 29. Oktober 1956 in einer Sitzung eine Erklärung annehmen, die u. a. folgende Feststellung enthält (Zitat aus «NZZ», 29. November 1956, Titel: «Die Krise in der PdA»): «Die Partei der Arbeit hat sich in der Vergangenheit aus falscher Gläubigkeit und übergroßer Bewunderung der historischen Leistungen der Sowjetunion dazu verleiten lassen, sich mit Entscheidungen der KPdSU zu solidarisieren, welche sich als schwerste Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit und des Prinzips der Gleichberechtigung und der Unabhängigkeit der sozialistischen Staaten herausgestellt haben.» Und weiter heißt es: «Der Weg zum Sozialismus in der Schweiz kann nicht der bisherige Weg der Volksdemokratien sein.» Solche Töne hatte man in der offiziellen kommunistischen Presse niemals zuvor gehört. Aber jetzt wurden sie an allen Ecken und Enden laut, nicht nur in der Schweiz. In Amerika hatte die Zeitung der kommunistischen Partei, der «Daily Worker», bereits unmittelbar nach Chruschtschews «Geheimrede» zu massiver Kritik ausgeholt: «Wir haben uns selber zu Fall gebracht», stand dort am 13. März 1956 zu lesen, «indem wir die Idee verteidigten, Stalin sei unfehlbar, indem wir uns jeder Andeutung widersetzten, daß die bürgerlichen Freiheiten in der Sowjetunion nicht voll respektiert würden.» Aber nicht nur gegen das Andenken Stalins wendet sich das Parteiblatt. Es stellt die durchaus berechtigte, in einer kommunistischen Zeitung jedoch ziemlich sensationell wirkende Frage: «Wo waren die heutigen Führer der Sowjetunion während jener Periode, da, wie sie behaupten, eine kollektive Führerschaft nicht bestanden hat? Wie steht es mit ihren eigenen Fehlern?» Von ähnlicher Schärfe waren auch die Bemerkungen dieser Zeitung anläßlich der Ereignisse in Polen und der Ungarischen Revolution. Auch in Österreich sind in den Reihen der Kommunisten Stimmen der Kritik und der Enttäuschung laut geworden. Auf der Landeskonferenz der niederösterreichischen KP Ende November 1956 äußerte einer der Delegierten: «Obwohl die Sowjetunion für uns

ein Vorbild darstellt, ist sie ebenso wenig wie die Volksdemokratien für uns tabu.» (Zitiert aus «Arbeiter-Zeitung», Wien, 21. November 1956.) Ein anderer sagte: «Die Nachahmung des russischen Weges, besonders in den Volksdemokratien, war falsch. Wir müssen so rasch wie möglich als österreichische Partei ein österreichisches Programm über den Weg zum Sozialismus auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus entwerfen.» Ein nächster kam zu der Erkenntnis: «Die Schuld an den Verhältnissen in den Volksdemokratien haben nicht nur die dortigen Genossen, sondern auch die Sowjetunion» («Arbeiter-Zeitung», Wien, 21. November 1956). Wie «revolutionär» solche Äußerungen sind, wird erst dann ganz klar, wenn man sich die allmächtige Rolle der Partei, die «immer recht hat», in Erinnerung ruft.

Darüber hinaus verloren die kommunistischen Parteien nach Ungarn eine beträchtliche Anzahl Mitglieder, ganz abgesehen von den vielen Sympathisanten, die sich angewidert von der Sache Moskaus abwandten. Allein in Norditalien zahlten Ende 1956 plötzlich fast 25 % der kommunistischen Parteimitglieder keine Beiträge und erneuerten so ihre Mitgliedschaft nicht mehr.

Trotzdem habe ich zu Anfang behauptet, die kommunistische Bewegung werde auch diese empfindlichen Schläge überleben. Die heutige Situation der kommunistischen Parteien diesseits des Eisernen Vorhangs, zwölf Monate nach dem Fall Budapests, bestätigt meine Behauptung vollauf. Wir würden lange suchen müssen, um in einer kommunistischen Zeitung noch eine Stimme zu finden, welche die Revolution in Ungarn nicht den Agenten der «Horthy-Faschisten» und Amerikas in die Schuhe schieben und die das rigorose Eingreifen der Roten Armee nicht wortreich entschuldigen würde. Oft gingen diese Schwenkungen mit grotesker Plötzlichkeit vor sich. Ein Beispiel dafür liefert uns die parteiamtliche Pekinger Zeitung «Jen Min Jih Pao». In der Ausgabe vom 3. November 1956 finden sich in einem Leitartikel die Sätze: «Das Herz des chinesischen Volkes schlägt auf der Seite der aufgeklärten ungarischen Arbeiterbevölkerung, der wahren ungarischen Patrioten und der dem Sozialismus ergebenen Kämpfer. Es ist wahrlich nicht abzustreiten, daß die Fehler, die in der Vergangenheit von gewissen ungarischen Führern gemacht worden sind, dem ungarischen Volke harte Prüfungen verursacht haben...» Einen Tag später schrieb die gleiche Zeitung: «Wir beglückwünschen das heroische Sowjetvolk, das sein Blut großzügig geopfert hat, um das ungarische Brudervolk zu retten... Nachdem das ungarische Volk mit Hilfe der in Ungarn stationierten Sowjettruppen die reaktionäre Regierung Nagy gestürzt hat, setzte es eine revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung unter der Führung des Genossen Kadar ein.» Eine Partei, die «immer recht hat», kann es sich eben erlauben, von einem Tag auf den anderen dialektische Kehrtwendungen vorzunehmen, heute dies und morgen das glatte Gegenteil zu behaupten. Im

Laufe der vergangenen Monate haben sich derartige Stellungswechsel in der gesamten kommunistischen Presse vollzogen. In dem gleichen Maße, in dem bei den Nichtkommunisten in der westlichen Welt das Interesse an Ungarn und die Empörung über die sowjetischen Verbrechen in diesem Lande abgenommen haben, entfiel auch der Grund für die Verlegenheit in den kommunistischen Publikationen. Es erregt keine heftigen Proteststürme mehr, wenn man die Helden der Ungarischen Revolution «faschistische Agenten» nennt. Also tut man, wie Moskau es befiehlt, denn von Moskau aus wird nach wie vor die Partei gegängelt, und die Partei hat bekanntlich «immer recht», auch heute noch und trotz allem.

Nein, mit moralischen Maßstäben ist der kommunistischen Weltbewegung nicht beizukommen, heute weniger denn je. Denn die «Chruschtschewtschina», die neue Ära Chruschtschew, bedeutet nichts anderes als die Hinwendung zu neuen, wendigeren, sagen wir ruhig «revolutionären» Taktiken, im Gegensatz zur stalinistischen Stagnation, zur Verewigung der ein für allemal festgelegten Fronten, zur bedingungslosen Unterordnung unter das unfehlbare Dogma, das auch um eines innen- oder außenpolitischen Pragmatismus willen nicht verletzt werden darf. Der Kommunist Chruschtschew schreckt durchaus nicht davor zurück, dieses Dogma zu verletzen, aber er behält dennoch das Ziel, die kommunistische Beherrschung der Welt, unverwandt im Auge. Die Mittel, mit denen er es zu erreichen hofft, sind andere als diejenigen, an die der tote Stalin und seine orthodoxen Jünger glaubten. Chruschtschew ist bereit, um dieses Zieles willen Konzessionen zu machen, ja, sogar den Hanswurst zu spielen. Das macht ihn nicht harmloser, sondern gefährlicher. Sein Sieg über die Vertreter der reinen Lehre, über die Gruppe um Molotow, zeigt deutlich, mit welchen Mitteln er sich durchzusetzen gewillt ist.

Aus diesem Gesichtswinkel sollte auch das Problem Polen gesehen werden. Täuschen wir uns nicht darüber hinweg, der «polnische Oktober» war eine halbe Revolution, mit allen Nachteilen, die einer halben Revolution anhaften. Die ehrlichen Versuche der polnischen Reformatoren und nicht zuletzt Gomulkas, ihr Land zurückzuführen zu einer Rechtssicherheit, die mit den üblichen demokratischen Maßstäben gemessen werden kann, blieben stecken in Kompromissen, wie sie halbe Revolutionen stets mit sich bringen. Polen ist nach wie vor ein Teil des Sowjetblocks. Zwei Bewegungen charakterisierten den «polnischen Oktober»: eine «Revolution von oben» und eine beachtliche Revolte von unten, aber diese beiden Bewegungen haben sich nicht in der Mitte getroffen. Freiheiten wurden zugestanden, wie etwa die Rede- und Pressefreiheit, aber sie blieben in der Luft hängen, weil sie nicht institutionell verankert wurden. Inzwischen ist man auch schon dabei, sie nach und nach wieder abzubauen, wie das Verbot der Zeitschrift «Po prostu» beweist. Vor

allem aber zeigte sich die Regierung Gomulka nicht bereit, wirtschaftlich die gleichen radikalen Maßnahmen zu ergreifen, wie sie zum Teil auf dem Gebiet der Politik und vor allem der Legalität ergriffen wurden. Zwar sind die landwirtschaftlichen Kollektiven zum überwiegenden Teil aufgelöst, und sie werden wohl zunächst auch nicht wiederhergestellt werden, weil sonst die Versorgung der polnischen Städte ernstlich in Frage gestellt würde, aber nach wie vor drückt den polnischen Arbeiter die kommunistische Planwirtschaft nieder. Die Erwartungen, die das polnische Volk auch in wirtschaftlicher Hinsicht in den Oktoberumschwung gesetzt hatte, haben sich nicht erfüllt. Das Resultat ist bittere Enttäuschung, und diese Enttäuschung untergräbt wiederum die Arbeitsmoral, was der ohnehin gefährdeten Produktivität der polnischen Wirtschaft sehr schädlich ist. Polen ist ein armes Land, das ohne einen Mächtigen, an den es sich anlehnen kann, wirtschaftlich nicht existieren kann. Solange es im Ostblock verbleibt, ist eine ausreichende Unterstützung durch die Vereinigten Staaten nicht denkbar. Inzwischen bleibt es abhängig von Moskau, um so mehr, weil es versucht hat, eigene Wege zu gehen und damit nicht recht weiter gekommen ist.

Aber — so wird überall in der westlichen Welt argumentiert — die polnischen Kommunisten sind doch ausgesprochene Vertreter einer Los-von-Moskau-Bewegung, sie bekennen sich doch zu einem Nationalkommunismus titoistischer Prägung, und gerade die Tatsache, daß sie trotzdem im sowjetischen Machtbereich verbleiben konnten, deutet darauf hin, daß sich die Verhältnisse geändert haben, daß zumindest Ansatzpunkte für eine Reformbewegung vorhanden sind. Über die wahren Ausmaße der Veränderungen in Polen habe ich bereits einige Andeutungen gemacht. Die entscheidende Frage wäre doch wohl, inwieweit Chruschtschew auch ein verändertes Polen in seine Konzeption einzubauen vermag. Gomulkas Reise nach Belgrad hat beachtenswerte Perspektiven eröffnet. Sowohl Gomulka als auch Tito haben sehr laut ihre Freundschaft zu Moskau betont, und ich glaube nicht, daß es sich dabei um bloße Lippenbekenntnisse handelte. Im übrigen deuten verschiedene Anzeichen, nicht nur die geplante Einrichtung gegenseitiger «Informationsbüros» in Warschau und Belgrad, darauf hin, daß man vorhat, eine Art zweiten kommunistischen Weltzentrums ins Leben zu rufen. Ein solches Unternehmen würde durchaus in das Konzept Chruschtschews passen, da eine scheinbare Aufteilung der kommunistischen Welt in einen radikalen, offensichtlich bolschewistischen, und einen angeblich humaneren nationalkommunistischen Bereich einen weiteren großen Teil des Mißtrauens, das in der westlichen Welt immer noch gegen den Osten besteht, beseitigen würde. Die Chruschtschewtschina ist eine Ära der ideologischen Beweglichkeit. Warum sollte sich der Kreml nicht mit Nationalkommunismus abfinden, wenn nur die Gewähr da ist, daß im Ernstfall der «humanere» Flügel ein verläßlicher Bundesgenosse ist?

Und meiner Meinung nach ist diese Gewähr vorhanden, auch — ja, ganz besonders — bei Tito.

Die Ungarische Revolution hat die im Westen verbreitete Meinung ad absurdum geführt, daß nach einer Beseitigung der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa nicht zu einer demokratischen Staatsform westlicher Prägung übergegangen werden dürfe, daß man die Grundprinzipien des Kommunismus, seine angeblichen «guten Seiten» beibehalten müsse. Es dauerte nur wenige Tage, bis das ungarische Volk in seinen Forderungen unmißverständlich über jeden Nationalkommunismus hinausging, bis es klar und deutlich verlangte, daß mit jeglicher Form von Kommunismus überhaupt aufgeräumt werde. Wozu die Sowjets in einem derartigen Falle fähig sind, haben wir in Ungarn gesehen. Weder Tito noch Gomulka haben mit diesen Grundprinzipien gebrochen; sie sind nach wie vor Kommunisten.

Im übrigen sollten wir uns davor hüten, die Auswirkungen sogar solcher ideologischer Auflockerungen auf die kommunistischen Parteien des Westens zu überschätzen. Selbst wenn es zu Massenaustritten kommt, schadet dies einer kommunistischen Partei nicht so sehr, wie viele es annehmen. Wer sich einmal die Mitgliederzahlen der kommunistischen Parteien ansieht, der wird entdecken, daß sie weit stärker als diejenigen einer anderen Partei Schwankungen unterworfen sind. Aber diese Mitgliederzahlen sind keineswegs ein Gradmesser für die tatsächliche Bedeutung der jeweiligen Partei. Der Grund dafür ist der gleiche, der manche Fachleute zu der Überzeugung gebracht hat, daß ein Verbot einer kommunistischen Partei noch lange nicht den Todesstoß versetzt.

Die kommunistische Partei ist eine Kaderpartei. Der Begriff «Kader» entstammt dem militärischen Sprachgebrauch und bezeichnet den festen Kern von Berufsoffizieren und Ausbildern, der auch im Frieden bestehen bleibt und um den herum sich im Kriegsfall eine neue Armee aufbauen läßt. Die Bildung wirksamer Kader ist vor allen Dingen Sache intensivster Schulung, und diese Schulung findet nur zu einem geringen Teil im eigenen Lande, in der Hauptsache jedoch in Moskau oder an anderen Orten jenseits des Eisernen Vorhanges statt. Diese Schulung des kommunistischen Funktionärs ist auf ein einziges Ziel ausgerichtet. Er wird nicht allein mit dem notwendigen dialektischen Rüstzeug, mit einer genauen Kenntnis der gutgeheißenen Auslegung der kommunistischen Doktrin versehen, man schwächt während dieser Schulung auch gleichzeitig seinen Willen und verwandelt ihn in ein gefügiges Werkzeug Moskaus. Solange diese Kader nicht angegriffen sind, dürfen Verluste an Massenunterstützung nicht überschätzt werden. Außerdem kann Moskau nach wie vor neue Leute ausbilden und etwa brüchig gewordene Kader ersetzen. Auch dürfen wir nicht vergessen, daß die kommunistische Weltbewegung einem riesigen Eisberg gleicht, von dem nur ein Drittel

sichtbar über die Oberfläche hinausragt, während zwei Drittel unterirdisch wirksam sind. Die Menschen, die im unsichtbaren Teil der Organisation tätig sind, gehören naturgemäß zu den am besten geschulten, ergebensten Kadern der Partei. Von dieser Schicht darf man kaum moralische Entscheidungen erwarten. Ihre Arbeit im unterirdischen Apparat der kommunistischen Bewegung hat sie im Laufe der Zeit zu so vielen moralischen Kompromissen, zu so eindeutigen Verletzungen der Moralbegriffe gezwungen, daß ein Gefühl für sittliche Integrität, falls es überhaupt vorhanden gewesen sein sollte, längst verloren gegangen ist. Diese Skrupellosigkeit im Dienste der Partei schafft außerdem ein weiteres Band, das diese Menschen noch stärker an die Partei fesselt. Die Apparatschiks wissen, zu welchen Infamien die Partei fähig ist, und die Partei weiß, zu welchen Dienstleistungen die Apparatschiks sich hergeben. Das verbindet ebenso sehr wie die finanzielle Abhängigkeit. Natürlich gibt es auch hier Ausnahmen. Das beweisen die Absprünge hoher Apparatleute im Laufe der Jahre.

Wenn wir also zu der Überzeugung gelangt sind, daß der Kommunismus den moralischen Impakt der Ereignisse in Ungarn überstanden hat, und daß er auch den «polnischen Bazillus» inzwischen erfolgreich neutralisiert hat, wenn wir erkannt haben, daß immer noch die Mehrzahl der Kommunisten geneigt ist, der Partei, komme was da wolle, rechtzugeben, dann bleibt für den Westen nur eine Schlußfolgerung: der Kampf ist noch nicht beendet. Er ist lediglich in ein neues Stadium eingetreten. Und dieses Stadium ist keineswegs weniger bedrohlich.